

„Steuern werden weiter steigen“: „FLU-Chef Göldner („Bangemacher“) sieht keinen echten Sparwillen

Von
Redaktion

10. November 2018



Symbolsparschwein. (Quelle Pixabay)

Die deftige Anhebung der Grundsteuer B um 15 Prozent (auf dann rekordverdächtige 878 Punkte) wird wahrscheinlich noch nicht das Ende der Fahnenstange, befürchtet der Fraktionschef der Freien Liste Unna (FLU), Klaus Göldner.

Er wirft der Stadt und politischen Mitbewerbern vor, es an echtem Sparwillen vermissen zu lassen. An die wirklich dicken Brocken – die sich in den **Pflichtaufgaben** verbergen –**wage sich niemand ran**, kritisiert Göldner.

Während sich die SPD-Fraktion an diesem Wochenende in ihre Haushaltsklausur vertieft, fasst der FLU-Vorsitzende seine Gedanken zur Finanzlage wie folgt zusammen.



Klaus Göldner, Fraktionsvorsitzender der Freien Liste Unna (FLU). (Archivbild RBU)

„Verwaltung und Politik unserer Stadt sind dabei, den Doppelhaushalt für die Jahre 2019/2020 vorzubereiten. **Zum Haushaltsausgleich fehlen nach wie vor mehrere Millionen Euro.**

An diese Tatsache haben wir uns scheinbar gewöhnt. Laut Gesetz ist aber der Haushaltsausgleich bis zum Jahre 2020 zu erreichen. Das ist zwar schon lange bekannt,

aber bislang galt immer das **Prinzip Hoffnung und der feste Glaube daran, Land und Bund** werden den Kommunen finanziell entgegenkommen.

Deshalb wurden in der Vergangenheit etwaige Konsolidierungsbemühungen **nicht mit dem gebotenen Nachdruck verfolgt**.

Diese Zeit ist jedoch endgültig vorbei und schieben lassen sich die Probleme nun auch nicht mehr. Da die Haushaltslücken nicht durch Verringerung der Ausgaben geschlossen werden, müssen jetzt **Steuern massiv angehoben werden**.

Diese Entwicklung war absehbar. Schon bei der Verabschiedung des letzten Doppelhaushaltes für die Jahre 2017/2018, den die FLU bereits abgelehnt hatte, wurde diese Konsequenz klar und deutlich aufgezeigt.

Kostbare zwei Jahre sind seither vergangen, ohne dass die Probleme ernsthaft und nachhaltig angegangen worden wären. Nunmehr dürfen alle Unnaer Bürgerinnen und Bürger sicher sein, dass die Steuern erheblich angehoben werden.

Hier mache ich einmal mehr den „**Bangemacher**“. **So hat mich der Bürgermeister seinerzeit titulierte**, als ich mehrfach unmissverständlich auf diese Zusammenhänge hingewiesen habe.

Dabei wird die geplante Erhöhung der Grundsteuern um satte 15% vermutlich nicht einmal ausreichen. Wenn kein finanzielles Wunder geschieht, wird der Hebesatz weiter steigen. Alle jetzt noch mehr oder weniger ernsthaft diskutierten Lösungsansätze aus diversen Haushaltsklausuren werden daran nichts mehr ändern.

Wenn überhaupt umsetzbar, griffen diese sicher erst mittel- bis langfristig. Da hilft dann, wie bei der CDU, nur noch der Griff in die **politische Mottenkiste, die beispielsweise eine kräftige Erhöhung der Parkgebühren und die Neuordnung des Kulturbereiches** im Vorschlagsportfolio hat.

Die Nutzung möglicher Synergien bei der Zusammenlegung von Stadtmarketing und Kulturbereich wurde bereits vor Jahren kontrovers diskutiert und von der FLU im Zusammenhang mit den Finanzhilfen für die Lindenbrauerei ohne hinreichende Mehrheit im Rat unterstützt.

Wer Parkgebühren erhöhen will, sollte zunächst einmal die Chancen eines überarbeiteten Parkraumbewirtschaftungskonzeptes für den Innenstadtbereich nutzen, auf die die FLU seit Jahren hinweist. Ein entsprechender Antrag wurde von uns am 09.01.17 vorgelegt.

Bauland könnte durch bisher verloren geglaubte Grundstücke im Rahmen einer **Altlastensanierung und/oder durch Flächenrecycling** neu geschaffen werden. Diesbezügliche Förderungsmöglichkeiten, die zeitlich leider begrenzt sind, werden seitens

der Verwaltung immer noch nicht ernsthaft geprüft. Der FLU Antrag hierzu liegt seit dem 22.06.17 vor. Seitdem wird er in den Beratungsgremien des Rates hin- und hergeschoben.

Ratsmitglied Tetzner hat jetzt vorgeschlagen, einen **unabhängigen Gutachter** prüfen zu lassen, wo sich die Ausgaben der Stadt Unna reduzieren ließen. So ein Vorschlag hört sich zunächst einmal gut an. Vielleicht könnte ein externer Berater bestimmte Lösungsansätze tatsächlich besser erkennen.

Wäre man sarkastisch, könnte man jedoch entgegen: „Lasst uns doch noch ein wenig zuwarten, **dann bekommen wir doch sowieso einen externen Berater, den wir nicht einmal bezahlen müssen. Dieser heißt dann aber „Sparkommissar“** und seine „Vorschläge“ sind von der Politik nicht mehr zu diskutieren. Die Verwaltung hat sie punktgenau abzuarbeiten.“ Vielleicht sehnt sich manch einer nach einem solchen Entscheider, da dieser dann die unpopulären Entscheidungen anstelle des Rates treffen würde.

Wo in Unna die Probleme liegen, ist uns zuletzt durch den Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt klar vor Augen geführt worden. Unsere großen Ausgabeposten sind ebenfalls keine Geheimsache. Es fehlt einzig am politischen Willen und/oder Mut, unliebsame Entscheidungen zu treffen.

Daran änderte auch ein externer Berater nichts. Dessen Vorschläge wären Empfehlungen, die politisch diskutiert, entschieden und umgesetzt werden müssten.

Als Beleg für das zuvor Festgestellte mag die sogenannte **Arbeitsgruppe für die Haushaltssicherung** dienen, die vom Rat gebildet wurde, um Auswege aus der Überschuldungsspirale zu suchen. Die Gruppe hat mehrfach über viele Stunden getagt. Alle Fraktionen waren darin vertreten.

Wirklich heikle Themen sind dort bis heute nicht angefasst worden. Man behandelte eher kleinere Randbereiche. Einzig dort, wo man glaubte, einen politischen Konsens erreichen zu können, wie zum Beispiel in Sachen Bürgeramtsaußenstellen oder Schließung zweier kleiner Sportstätten, kamen die Teilnehmer zu schnellen und „mutigen“ Ergebnissen.

Diese wurden aber sofort wieder in Frage gestellt, als sich betroffene Teile der Bürgerschaft dagegen zur **Wehr setzten**. Zur geschilderten Arbeitsweise hatte die FLU konkrete Gegenvorschläge, die sie zusammen mit den Grünen und der FDP durchzusetzen versuchte. Vergeblich.

Es kann überdies nicht allein Aufgabe der Politik sein, der Verwaltung Sparvorschläge zu unterbreiten. Vielmehr muss die Verwaltung mit ihrer fachlichen Kompetenz, ihrem akademisch ausgebildeten und gut dotierten Fachpersonal der Politik konkrete Wege aus der drohenden Überschuldung weisen. Diese Lösungsvorschläge sind dann zu diskutieren und im Anschluss klar zu entscheiden.

Steuererhöhungen sind als letztes Mittel erst dann zu erwägen, wenn alle anderen Maßnahmen nicht ausreichen.

Nein, auf die bisherige Weise lässt sich das Haushaltsproblem nicht lösen. Auch hilft es nicht, Sparbemühungen vorrangig auf den Bereich der sogenannten **freiwilligen Leistungen** zu fokussieren. Hier sind in der Tat die Einsparpotenziale relativ gering, da die Summe aller freiwilligen Leistungen insgesamt nur einen sehr kleinen Anteil am Gesamthaushalt ausmacht.

Vielmehr muss vorrangig der Bereich der Pflichtaufgaben näher untersucht werden. Wo man in der Vergangenheit die Höhe einer solchen Ausgabe bemängelte, wurde sofort wie folgt geantwortet: „Das ist Pflichtaufgabe! Hier ist nicht zu sparen.“

Als eine solche Pflichtaufgabe wird immer wieder auch die Unterbringung zugewiesener Asylbewerber genannt. Um dieser Pflicht nachzukommen, bedarf es allerdings keines teuren Neubaus, sofern kostengünstigere Alternativen zur Verfügung stehen.

Auch wenn ich es momentan nicht im Einzelnen zu belegen vermag, so kann niemand ernsthaft behaupten, dass sich bei einem Haushaltsvolumen von insgesamt fast 170 Mio. Euro nicht durch **Kostenoptimierung, Synergieeffekte, verstärkte interkommunale Zusammenarbeit sowie Überprüfung und Neuverhandlung bestehender Verträge** große Summen einsparen ließen, ohne dass dabei Qualitätsverluste entstehen.

Die FLU-Fraktion wird in der nächsten Woche im Rathaus Unna, im Rahmen einer bescheidenen Nachmittagsveranstaltung, über den Haushalt beraten. Wir werden uns die Eckdaten des Haushaltsentwurfes vom Kämmerer genau erläutern lassen und uns dann ein abschließendes Urteil bilden.

Klaus Göldner, Fraktionsvorsitzender